



Antrag: A6 Verbandsentwicklung
Antragsteller_in: AK Diversität und Machtkritik, Landesverband Rheinland-Pfalz
Eingereicht am: 20.11.2025

Die BDV möge beschließen:

1.1 Es wird eine hauptamtliche Person bestimmt, die dafür verantwortlich ist, dass die Treffen zur diversitätsorientierten Verbandsentwicklung jährlich stattfinden.

Begründung 1.1:

Der BDP Bundesverband ist eine mögliche Quelle von Ressourcen und wichtig für die Vernetzung unter den Gliederungen. Um diese zu nutzen braucht es jedoch ehrenamtliche Beteiligung und Engagement, das Unterstützung und gute Erlebnisse braucht. Wir sehen ein immer wieder geringes Interesse an der Arbeit in bundesweiten Gremien, seien es Arbeitskreise, Austauschtreffen, oder Vorstandsarbeit.

Wir vermuten, dass verschiedene Ursachen dazu führen, dass sich Leute aus der Bundesebene zurückziehen oder gar nicht erst einsteigen. Darunter fallen unter anderem fehlende Informationsweitergabe, geringe Wertschätzung, wenig Identifikation mit dem Bundesverband, Überlastung, sowie konfliktgeladene Beziehungen.

Daher wollen wir den Erneuerungsprozess weiter voran treiben. Seit 2022 gibt es mit der diversitätsorientierten Verbandsentwicklung eine Möglichkeit um konkrete Ideen zu entwickeln und die Umsetzung in die Wege zu leiten. Leider gibt es noch keine Perspektive zur Fortführung dieses Treffens.

Außerdem wünschen wir uns Veränderung in der Bundeszentrale:

1.2 Der Bundesvorstand und die Bundeszentrale sollen zu einem mehrtägigen Verbandsentwicklungstreffen einladen, das spätestens im März 2026 stattfindet, und dies verbandsintern bewerben. Der Termin soll auf der BDV 2025 per Umfrage festgelegt werden und sich an den Verfügbarkeiten der Ehrenamtlichen orientieren.

Auf dem Treffen soll ein Plan erstellt werden, welche Schritte unternommen werden, um den Bundesverband wieder attraktiver und arbeitsfähiger zu machen.



1.3 Die Geschäftsführung soll inhaltlich, strukturell und personell im Laufe des Jahres 2026 auf zwei Personen unterschiedlicher Geschlechter aufgeteilt werden.

Für die Verbandsentwicklung soll eine externe Unterstützung zur Beratung eingeholt werden, die vom Vorstand bestimmt wird.

Begründung zu 1.2-1.3

Mitglieder, Ehrenamtliche, Vorsitzende sowie Angestellte der Bundeszentrale sind unzufrieden mit der Situation. Mehrere Versuche Konflikte zu bearbeiten, sind gescheitert (Rücktritt Mirjam 2021, geschlossenes nicht mehr Antreten 2021, Rücktritt Mira 2025, Kündigung Flora 2025, und weitere ehrenamtliche FLINTA* Personen, die sich aus der Bundesebene zurückgezogen haben). Wir möchten gemeinsam mit den Mitarbeitenden der Bundeszentrale Wege finden, die Platz für Neues lassen. Dies könnte eine Umgestaltung des Personalverteilungsplans, Veranstaltungspriorisierungen, sowie Neubesetzung von Stellen beinhalten.

Seit mehr als sechs Jahren kritisieren Ehrenamtliche unterschiedlicher Landesverbände die Zusammenarbeit mit sowie die Haltung und das Verhalten einiger Personen aus der Bundeszentrale, insbesondere der Geschäftsführung. Bitten, Vorschläge, Krisengespräche, Ansätze verschiedener Personen die Konflikte und Fehlverhalten anzugehen oder zu lösen, haben bis heute keine Verbesserung oder Veränderung herbeigeführt und wurden vermehrt verharmlost, nicht ernst genommen, herunter gespielt oder es wurde mit Gegenvorwürfen reagiert.

Zahlreiche Personen aus dem Bundesvorstand sind enttäuscht, frustriert, ausgebrannt und BDP-verdrossen aus dem Vorstand und ihrer vollständigen ehrenamtlichen Arbeit beim BDP zurückgetreten. Darunter gleich mehrere Personen aus den Landesverbänden Rheinland-Pfalz und Hessen.

Der BDP soll nach all seinen Grundsätzen ein offener, kritischer und empowernder Kinder- und Jugendverband sein, der sich an den Themen und Interessen, Sorgen und Ideen junger Menschen orientiert.

Das möchten wir nun endlich langfristig orientiert und strukturell ändern.

1.4 Supervisionsgespräche sollen in Zukunft auch zwischen Mitarbeitenden der Bundeszentrale und Ehrenamtlichen im Vorstand stattfinden. Die Supervision soll mindestens zweimal jährlich stattfinden. Außerdem kann der Vorstand Supervisionsgespräche bei Bedarf einfordern.

Begründung zu 1.4:

Eine gelingende Zusammenarbeit von Bundeszentrale und Bundesvorstand ist essentiell für einen



funktionierenden und motiviert agierenden Verband. Sie müssen sich gegenseitig unterstützen und vertrauen können. Daher erachten wir es als sinnvoll, durch Supervision die Zusammenarbeit zu stärken und Konflikte zu vermeiden oder bearbeiten zu können. Auch könnten durch diese Art der Professionalisierung Ehrenamtliche mit wenig Erfahrung besser eingebunden und (passiv) geschult werden. Gerade viele Wechsel im Bundesvorstand können die Arbeit erschweren. Wir erhoffen uns von der reflexiven Arbeitsweise, dass sich die jungen Menschen durch gestärkte Verbundenheits- und Kompetenzgefühle länger ans Amt des Vorstands binden wollen.